

Konjunktur: Wirtschaftswachstum muss allen nützen

Die Finanzminister haben Grund zur Freude: Die Steuereinnahmen steigen, die Staatsverschuldung geht zurück. Wie das Statistische Bundesamt am Dienstag mitteilte, lagen die öffentlichen Schulden Ende des vergangenen Jahres rund 41,3 Milliarden Euro niedriger als ein Jahr zuvor. Grund für diese Entwicklung, die gute Konjunktur.

Wirtschaft und Beschäftigung wachsen seit Jahren solide und mit ihnen die Steuereinnahmen. Aller Voraussicht nach wird sich diese Entwicklung auch 2018 fortsetzen. Zahlreiche Wirtschaftsforschungsinstitute und Institutionen haben im März neue Prognosen vorgelegt und sagen Wachstumsraten zwischen 2,1 und 2,6 Prozent voraus (siehe Grafik).

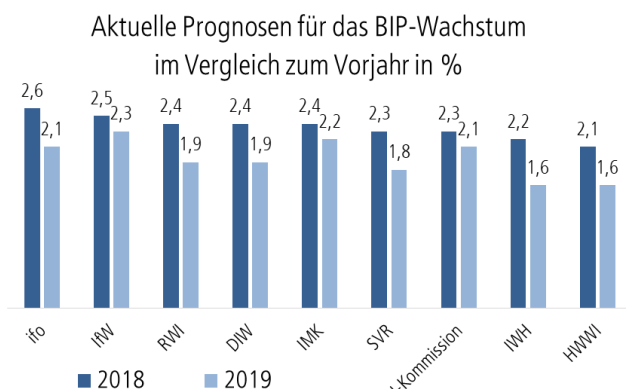
Laut Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) gehen positive Impulse nicht nur vom Export aus. Vielmehr ist die gefestigte Eigendynamik des Aufschwungs für die günstigen wirtschaftlichen Aussichten ausschlaggebend: „Die Ausweitung der Produktion zieht einen Anstieg der Beschäftigung nach sich, durch den die Einkommen steigen, die ihrerseits den privaten Konsum stärken und dadurch die Investitionen anregen“, heißt es in der aktuellen Konjunkturprognose des IMK.

Von einer konjunkturellen „Überhitzung“, wie sie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) schon an die Wand malt, kann aber nicht die Rede sein. Die steigenden Investitionen führen schließlich zu größeren Produktionskapazitäten bei den Unternehmen. Auch auf dem Arbeitsmarkt ist noch kein allgemeiner Engpass zu erkennen, es herrschen weiter Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung und die Preissteigerung liegt weiter unterhalb der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank.

Deshalb stimmt es auch nicht, dass die neue Bundesregierung ihre Ausgaben zu stark erhöhe und mit den angekündigten Investitionen die Nachfrage zu sehr anheize, wie der SVR behauptet. Das Gegenteil ist der Fall: Um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu sichern, bezahlbaren Wohnraum und intakte Infrastruktur zu schaffen, müsste eigentlich noch weit mehr öffentlich investiert werden.

Ohnehin gilt es, die positive Entwicklung der Binnen­nachfrage weiter zu stabilisieren. Dazu gehört auch eine Stärkung des privaten Konsums durch eine weitere Steigerung der privaten Einkommen. Die öffentliche Hand kann hierzu die Rahmenbedingungen schaffen. Sie hat – gerade derzeit – aber auch einen direkten Einfluss auf die Löhne: Sie sollte ihre momentane Blockadehaltung in den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes aufgeben, den Forderungen der Gewerkschaftsseite nachkommen und besser bezahlen.

Das wäre nicht nur langfristig wirtschaftlich vernünftig und würde die öffentliche Hand als Arbeitgeber wieder attraktiver machen, es wäre auch ein Gebot der Gerechtigkeit. Es gilt schließlich, alle Menschen in Deutschland am Wirtschaftswachstum zu beteiligen. Nicht nur die Finanzminister sollen Grund zur Freude haben!



Quelle: Angaben der Forschungsinstitute und Organisationen. Stand: März 2018.